

## Ww1 Nachhaltige Wasserpolitik für Niedersachsen

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 18.03.2026  
Tagesordnungspunkt: 5. Wasserwende Niedersachsen

### Antragstext

1 Ein Blick auf unser schönes Niedersachsen zeigt, wie eng unser Leben mit Wasser  
2 verbunden ist: Flüsse durchziehen das Land, prägen Landschaften und Lebensräume,  
3 versorgen Natur, Mensch, Industrie und Landwirtschaft. Es ist Lebensmittel,  
4 Gemeingut, Lebensraum, Klimaregulator und prägend für Landschaften,  
5 Biodiversität, Lebensmittelerzeugung und menschliche Gesundheit.  
6  
7 Ein heißer Sommertag, trockene Böden, sinkende Pegelstände – und gleichzeitig  
8 Starkregen, der nicht mehr versickern kann: Wasser zeigt in Niedersachsen immer  
9 häufiger zwei Extreme. Was lange als verlässliche Ressource galt, gerät aus dem  
10 Gleichgewicht. Wasser wird knapp und droht auch unsere Flüsse, Bäche und  
11 Gewässer auszutrocknen. Die Klimakrise verändert Verfügbarkeit, Verteilung und  
12 Qualität unseres Wassers spürbar das ganze Jahr über. Damit wird klar: Ein  
13 verantwortungsvoller Umgang mit Wasser ist entscheidend dafür, dass auch  
14 zukünftige Generationen gut in Niedersachsen leben können.  
15  
16 Wasser ist keine beliebige Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das es zu  
17 schützen gilt. Es ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, Teil  
18 funktionierender Ökosysteme und Teil globaler Klimagerechtigkeit. Eine  
19 zukunftsfähige Wasserpolitik muss das Gemeinwohl vor Einzelinteressen stellen  
20 und sich an ökologischen Belastungsgrenzen orientieren.  
21  
22 Schutz vor zu viel Wasser durch Hochwasserschutz und natürliche Rückhaltesysteme  
23  
24 Wir können die globale Klimakrise nicht mehr ganz aufhalten. Wir können sie nur  
25 noch abmildern und versuchen, ihre Folgen zu beherrschen. Als Küstenland sind  
26 wir durch den steigenden Meeresspiegel in Niedersachsen massiv betroffen. Wir  
27 erhöhen deshalb unter hohem Kostenaufwand die Deiche entlang der gesamten  
28 niedersächsischen Küste um mindestens einen Meter, um dringend nötigen Schutz zu  
29 bieten.  
30  
31 Auch im Binnenland führen zunehmende Starkregen und Hochwasser zu vermehrten  
32 Schäden, weil Siedlungen, Infrastruktur und Landschaft Wasser nicht ausreichend  
33 aufnehmen und speichern können. Versiegelte Flächen, begradigte Flussläufe und  
34 entwässerte Moore verschärfen diese Probleme.  
35  
36 Schutz vor Hochwasser und Starkregen ist für uns in erster Linie  
37 Daseinsvorsorge: Niedersachsen hat daher mit dem Klimagesetz als erstes  
38 Bundesland nicht nur Klimaschutz, sondern auch die Klimafolgenanpassung zur  
39 kommunalen Pflichtaufgabe gemacht und finanziert dies im Rahmen der Konnexität.  
40 Bis 2028 müssen alle Landkreise, die Region Hannover und die kreisfreien Städte  
41 ein Klimafolgenanpassungskonzept vorlegen. Niedersachsen fördert  
42 Klimafolgenanpassung, Hochwasserschutz und Wassermanagement als Daueraufgabe und  
43 hat die Mittel dafür massiv aufgestockt. Beispiele dafür sind das Sondervermögen  
44 Hochwasserschutz, die Mittel für Hochwasserschutz im Binnenland und den

44 Küstenschutz, Gelder für den kommunalen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung,  
45 Mittel für die Renaturierung von Mooren, Wäldern, Auen und Fließgewässern oder  
46 Stellen beim NLWKN für Küsten- und Hochwasserschutz. Wir investieren außerdem in  
47 Speicherbecken für die Landwirtschaft, die in regenreichen Zeiten gefüllt und in  
48 Dürreperioden zur Beregnung der Felder genutzt werden können. Außerdem fördern  
49 wir effiziente Beregnungstechnik und die Aufbereitung von bereits genutztem  
50 Wasser. Dafür stellt das Landwirtschaftsministerium zusätzliche 100 Mio. Euro  
51 aus Infrastrukturmitteln des Bundes bereit. All das sind wichtige Investitionen  
52 in die Zukunft des Landes.

53  
54 Wir geben Wasser wieder Raum. Natürliche und naturnahe Fließgewässer sind  
55 deutlich resilienter als ausgebagerte Kanäle. Wo es möglich ist, verlegen wir  
56 daher Deiche zurück und binden Auen wieder an den Fluss an. Entsprechende  
57 Maßnahmen des Blauen Bandes entlang der großen niedersächsischen Wasserstraßen  
58 unterstützen wir. Wo wir können, fördern wir die Renaturierung von  
59 Feuchtgebieten und schaffen natürliche Retentionsräume. Durch ihre Fähigkeit,  
60 Wasser wie ein Schwamm aufnehmen zu können, können auch Moore einen wichtigen  
61 Beitrag zum Hochwasserschutz leisten. Gleichzeitig sind intakte Moore Lebensraum  
62 inzwischen selten gewordener Arten und binden enorme Mengen CO<sub>2</sub>. Indem wir ihre  
63 Wiedervernässung fördern, schützen wir uns, das Klima, den Wasserhaushalt und  
64 die Artenvielfalt. Wir unterstützen Paludi-Kulturen, also Landwirtschaft auf  
65 nassen Böden, um die Wiedervernässung von Moorstandorten mit Landwirtschaft  
66 vereinbar zu machen.

67  
68 Städte brauchen Entsiegelung, Gründächer, Regenrückhalteflächen,  
69 Versickerungsräume und natürliche Wasserspeicher als festen Bestandteil der  
70 Infrastruktur. Niedersachsen hat daher das Entsiegelungskataster zur Pflicht  
71 gemacht und fördert Brachflächenrecycling, Entsiegelung, Multifunktionsflächen  
72 und Biotopvernetzung. Mit dem neuen digitalen Entsiegelungskataster geben wir  
73 Kommunen eine handfeste Planungshilfe auf dem Weg zur wassersensiblen  
74 Schwammstadt.

75  
76 Lebendiges Wasser

77  
78 Gewässerlandschaften sind Hotspots der Biodiversität. Ihre Funktionen gehen weit  
79 über den Wasserhaushalt hinaus: Sie schaffen Lebensräume für zahlreiche  
80 gefährdete Pflanzenarten, für Säugetiere, Fische, Vögel, Amphibien, Insekten und  
81 viele andere Kleintiere. Zerstörung, Verinselung, Strukturverlust und  
82 Habitatfragmentierung haben in den letzten Jahrzehnten viele Arten bedroht,  
83 zurückgedrängt oder gar verschwinden lassen.

84  
85 Das Land Niedersachsen hat sich im Zuge des Volksbegehrens Artenvielfalt bereits  
86 2021 verpflichtet, auf 15 % der Landesfläche und 10 % der Offenlandfläche einen  
87 landesweiten Biotopverbund aufzubauen. Wichtiges Verbindungselement ist unser  
88 Netz an Fließgewässern. Wir verbinden Bäche, Flüsse und Stillgewässer wie Seen  
89 mit den zugehörigen Gewässerrandstreifen und Entwicklungskorridoren als Netz  
90 naturnaher Gewässer und Auen und sichern diese über die Landesraumordnung ab.

91  
92 Im neuen Wassergesetz stärken wir die natürliche Gewässerentwicklung und  
93 beschleunigen Verfahren, die der Umwelt nützen und priorisieren sie. Wir sehen  
94 hier in der Renaturierung unserer Gewässer auch hinsichtlich der Rückkehr

95 heimischer Arten große Chancen. In den vergangenen Jahrzehnten sind  
96 Amphibienbestände stark zurückgegangen. Hauptursachen sind der Verlust  
97 geeigneter Lebensräume sowie die mangelnde Vernetzung von Gewässer- und  
98 Landlebensräumen. Besonders betroffen sind Arten, die auf dynamische  
99 Gewässerstrukturen angewiesen sind, sodass sich viele Amphibienarten inzwischen  
100 stark gefährdet oder gar vom Aussterben bedroht sind. Damit die Tiere sich  
101 wieder ausbreiten können, sind Maßnahmen zum dauerhaften Schutz von Arten und  
102 ihren Lebensräumen sowie der Verbesserung ihres Erhaltungszustandes  
103 erforderlich. Die durch das Volksbegehren geschaffenen zusätzlichen ökologischen  
104 Stationen sind wichtige Akteure bei der Umsetzung. Deshalb wollen wir sie  
105 erhalten, stärken und dauerhaft absichern.

106

#### 107 Fließendes Wasser

108

109 Naturnahe Gewässerstrukturen, Vernetzung von Lebensräumen und die  
110 Barrierefreiheit für Wasserorganismen sind zentrale Bestandteile eines gesunden  
111 Gewässersystems. Wehre, Staustufen und andere Querbauwerke, die  
112 Wanderungsbewegungen von Fischen und Kleinorganismen verhindern oder massiv in  
113 die natürliche Gewässerdynamik eingreifen, gehören zurückgebaut oder, wo nicht  
114 möglich, zumindest mit wirkungsvollen Umgehungsstrukturen versehen. Ohne die  
115 ökologische Durchgängigkeit kann der gute ökologische Zustand auch bei  
116 reduzierten Belastungen nicht erreicht werden. Wir Grüne fordern daher eine  
117 Rückbauprämie für alte Wehre, mehr Fischdurchlässigkeit an Wasserkraftwerken und  
118 eine rechtliche Fristsetzung für Verstärkung der Maßnahmen zur Umsetzung der EU-  
119 Wasserrahmenrichtlinie.

120

#### 121 Sauberes Wasser

122

123 Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bildet das fachliche und  
124 rechtliche Fundament für die Entwicklung unserer Gewässer. Sie fordert für  
125 Flüsse, Seen, Küstengewässer einen „guten chemischen und ökologischen Zustand“  
126 und für Grundwasser einen guten chemischen und mengenmäßigen Zustand. Die  
127 Fachbehörden und die Umweltverbände weisen darauf hin, dass bislang nur ein sehr  
128 kleiner Anteil der Gewässer diese Anforderungen erreicht. Durch den Klimawandel  
129 verschärft sich auch die chemische Situation unserer Oberflächengewässer, denn  
130 die Erwärmung des Wassers führt zusammen mit einem hohen Nährstoffgehalt zu  
131 starker Sauerstoffzehrung.

132

133 In Niedersachsen hatten wir in den letzten Jahren gravierende Fischsterben auch  
134 aufgrund diffuser Einträge von Sedimenten und Düngemitteln in die Gewässer. Es  
135 ist daher sehr gut, dass wir infolge des Volksbegehrens Artenvielfalt  
136 Gewässerrandstreifen von 3 bis 10 Meter Breite gesetzlich vorgeschrieben haben.  
137 Diese wollen wir weiter ökologisch aufwerten und fordern gemeinsam mit  
138 Umweltverbänden und Landwirten ein neues Förderprogramm zur aktiven ökologischen  
139 Gestaltung der Gewässerränder und weiteren Reduzierung der Nährstoff- und  
140 Pestizideinträge.

141

142 In Niedersachsen als Agrarland Nr. 1. fallen in der Tierhaltung erhebliche  
143 Mengen an Gülle und Geflügelkot an, die bei nicht angepasster Ausbringung unser  
144 Grundwasser und unsere Oberflächengewässer erheblich belasten. Deshalb haben wir  
145 das Beratungsangebot zur gewässerschonenden Landwirtschaft kontinuierlich

146 ausgebaut. Durch Maßnahmen in besonders belasteten Gebieten konnten die zu hohen  
147 Werte für Nitrat und Phosphor kontinuierlich gesenkt werden. In einigen  
148 Landkreisen werden die Grenzwerte aber weiterhin überschritten. Wir setzen uns  
149 dafür ein, dass Gewässerschutzmaßnahmen an der Schadstoff-Quelle ansetzen und  
150 damit zielgerichteter umgesetzt werden. Zur Reinhaltung unseres Grundwassers ist  
151 es erforderlich, die landwirtschaftliche Stickstoffdüngung hinsichtlich der  
152 Menge und des Ausbringungszeitpunkts besser an den Bedarf der Nutzpflanzen  
153 anzupassen.

154

155 Auch der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft, aber auch in privaten  
156 Gärten muss weiter reduziert werden. Die Pestizidreduktionsstrategie ist dabei  
157 der richtige Weg. Zudem fordern wir auch weiterhin ein Verbot des Totalherbizids  
158 Glyphosat und ähnlicher Mittel. Den Vorstoß der EU, Pestizide auf unbegrenzte  
159 Zeit zu erlauben, lehnen wir ab. Die kürzlich zurückgezogene Studie, die die  
160 vermeintliche Unbedenklichkeit von Glyphosat belegen sollte, wurde als nicht  
161 haltbar bewertet. Das zeigt, dass man sich stets an aktuellen wissenschaftlichen  
162 Erkenntnissen orientieren muss und somit keine unbeschränkten Zulassungen  
163 versprechen kann. Im privaten Bereich sind Pestizide in der Regel völlig  
164 unnötig, daher fordern wir ein Verkaufsverbot von chemischen  
165 Pflanzenschutzmitteln an Privatleute.

166

167 KARL kommt!

168

169 Schadstoffe wie Arzneimittelrückstände, Mikroplastik, PFAS-  
170 „Ewigkeitschemikalien“, hormonähnliche Substanzen, Pestizide oder  
171 Chemikaliencocktails belasten Gewässer und Trinkwasserressourcen. Die aufwendige  
172 Reinigung des verschmutzten Wassers verursacht hohe Kosten und einen  
173 beträchtlichen Energieaufwand, die bisher jede\*r einzelne Verbraucher\*in über  
174 die Abwassergebühren bezahlt.

175

176 Wir machen sauberes Wasser zum politischen Schwerpunkt und stehen für einen  
177 vorsorgenden Gewässer- und Verbraucherschutz, der das Verursacherprinzip stärkt  
178 und diejenigen in die Verantwortung nimmt, die Grundwasser, Flüsse und Seen  
179 belasten.

180

181 Klar ist auch: Die Verursacher der Verschmutzung müssen zahlen. Zentral ist das  
182 EU-Prinzip der erweiterten Herstellerverantwortung, insbesondere für  
183 Arzneimittel und Kosmetika: Es verteilt Reinigungskosten fair, entlastet  
184 Verbraucher\*innen und fördert eine nachhaltigere Produktion.

185

186 Die europäische Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) legt dafür endlich die  
187 rechtliche Grundlage und eröffnet neue Chancen für sauberes Wasser. Die  
188 Hersteller von Arzneien und Kosmetik sollen mindestens 80 Prozent der  
189 Investitions- und Betriebskosten für die Entfernung von Mikroschadstoffen für  
190 einer vierten Reinigungsstufe übernehmen. Wir halten es für richtig und  
191 nachhaltig, die Kosten der vierten Reinigungsstufe nicht auf die Kommunen und  
192 Verbraucher, sondern die Verursacher umzulegen, die damit auch Anreize zur  
193 schadstoffärmeren Produktion (bspw. ohne PFAS) haben.

194

195 Kein Salz in unsere Weser

196

197 An der Oder konnten wir 2022 beobachten, dass verschiedene Umwelteinflüsse  
198 (langandauernde hohe Temperaturen, niedrige Wasserstände) zusammen mit hohen  
199 Salzeinleitungen sich toxisch auf das gesamte Ökosystem ausgewirkt haben. Ein  
200 gigantisches Fischsterben war die Folge. Auch industrielles Abwasser bereitet  
201 unseren niedersächsischen Gewässern Probleme. Die Versalzung der Werra und der  
202 Weser durch salzhaltige Abwässer aus der Kaliproduktion und Altlasten ist seit  
203 Jahrzehnten ein ernstes Umweltproblem. Sie schädigt Ökosysteme, beeinträchtigt  
204 Wasserqualität und belastet Anwohner\*innen. Für uns GRÜNE ist klar: Dauerhafte  
205 Salzbelastungen dürfen nicht als Normalzustand akzeptiert, sondern müssen  
206 beendet werden.

207

208 Das von allen Bundesländern vereinbarte Ziel, die Weserversalzung durch  
209 Produktionsabwässer von K+S bis 2027 vollständig zu beenden, wird nun erneut von  
210 Hessen in Frage gestellt. Das hessische Regierungspräsidium in Kassel darf die  
211 neue Genehmigung nicht erteilen, die K+S für über 2027 hinaus nun gestellt hat.  
212 Niedersachsen wird sich auch weiterhin innerhalb der FGG Weser für die  
213 Einhaltung der vereinbarten Zielwerte einsetzen.

214

215 Nationalpark Wattenmeer schützen

216

217 Der Klimawandel verändert das Wattenmeer rasant. Steigende Meeresspiegel,  
218 veränderte Sedimentströme und höhere Temperaturen bedrohen das empfindliche  
219 Gleichgewicht von Land und Meer. Viele Tier- und Pflanzenarten verlieren ihren  
220 Lebensraum. Plastikmüll, Fischerei, Munitionsaltslasten, Phosphateinträge aus der  
221 Landwirtschaft, Erdölförderung, Leitungen und Schiffsverkehr vor den Küsten –  
222 die Liste der Eingriffe in das Ökosystem ist lang. Sie setzen das Wattenmeer  
223 zusätzlich unter Druck. Küsten- und Meeresschutz beginnt im Binnenland: Einträge  
224 von Nährstoffen, Schadstoffen und Müll über Flüsse in die Nordsee müssen  
225 reduziert werden.

226

227 Problematisch für das Wattenmeer sind auch die ständigen Vertiefungen von  
228 Fahrrinnen und Ausbauten von Häfen. Je tiefer die Fahrrinnen und je größer die  
229 Häfen, desto höher der Unterhaltungsaufwand, um sie frei von  
230 Sedimentablagerungen zu halten und desto größer die Sedimentmengen, die  
231 anschließend wieder in der Nordsee verklappt werden. Sie stehen im Verdacht,  
232 neben Schadstoffeinträgen auch die natürliche Sedimentdynamik zu verändern und  
233 dadurch wertvolle Sandwattgebiete sowie Seegras- und Muschelvorkommen im  
234 Nationalpark Wattenmeer zu gefährden. Wir positionieren uns deshalb klar gegen  
235 weitere Flussvertiefungen an Elbe, Weser und Ems und unterstützen Konzepte für  
236 ein ökologisches Sedimentmanagement.

237

238 Eine große Gefahr sind die vor Borkum geplanten Gas- und Ölförderungen  
239 gigantischen Ausmaßes. Mit dem von uns abgelehnten Utilarisierungsabkommen von  
240 Deutschland und den Niederlanden sollen unbegrenzt und zum Teil in  
241 Meeresschutzgebieten fossiles Gas und Öl am Rande unseres einzigartigen  
242 Weltnaturerbes gefördert werden. Dazu werden wir uns entschieden dagegenstellen  
243 und unterstützen die Menschen dabei an der Küste. Statt weiterer  
244 Umweltbelastungen braucht es einen konsequenten Schutz des Wattenmeeres und den  
245 schnellen, naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien als Antwort auf die  
246 Klimakrise. Deshalb sprechen wir uns klar gegen neue fossile Förderprojekte in  
247 besonders sensiblen Küsten- und Meeresräumen aus. Der Schutz sensibler

248 Meeresökosysteme muss Vorrang vor kurzfristigen, risikobehafteten  
249 Nutzungskonzepten der Öl- und Gasindustrie haben.

250

251 Das Wattenmeer ist eine der wertvollsten Ökosystemlandschaften Europas und  
252 Weltnaturerbe. In diesem einzigartigen Lebensraum dürfen kurzfristige  
253 wirtschaftliche Interessen nicht dauerhafte ökologische Schäden rechtfertigen.

254

255 Wasserverbrauch, Effizienz und Prioritätensetzung

256

257 Eine Wasserwende heißt auch: Wasser sparen und gerechter verteilen. In Zeiten  
258 von Dürre und regionaler Wasserknappheit dürfen Entnahmen nichtautomatisch  
259 fortgeführt werden. Landwirtschaft, Industrie, Energieproduktion und Kommunen  
260 müssen ihren Wasserverbrauch kritisch hinterfragen, reduzieren und die Nutzung  
261 effizienter gestalten.

262

263 Mit dem neuen Niedersächsischen Wassergesetz stellen wir die Weichen für mehr  
264 Klimafolgenanpassung und Wassersicherheit. Kommunen können künftig eine  
265 verbrauchsorientierte Wasserpreisstaffel einführen – fair für alle, die sparsam  
266 mit der Ressource umgehen. Gleichzeitig stärken wir den Schutz unseres  
267 Trinkwassers, indem neue Erdgasbohrungen in Wasserschutzgebieten keine  
268 Genehmigung mehr erhalten.

269

270 Bei der landwirtschaftlichen Feldberegnung stärken wir den Zusammenschluss von  
271 Landwirt\*innen zu Beregnungsverbänden. Wo es Beregnungsverbände gibt, sollen  
272 keine Einzelgenehmigungen für Wasserentnahmen mehr erteilt werden. Und wir  
273 begrenzen die genehmigungsfreie Wasserentnahme aus Hofbrunnen. Wasserentnahmen  
274 aus Oberflächengewässern werden zudem anzeigepflichtig. So kann die  
275 Wassernutzung besser koordiniert werden. Für den erneuerbaren und sparsamen  
276 Umgang mit Wasser bekommen Kommunen die Befugnis, sogenannte Zisternensatzungen  
277 zu erlassen, damit vermehrt Niederschlags- oder Grauwasser genutzt wird. So  
278 unterstützen wir Kommunen auf dem Weg zur Schwammkommune. In Dürrezeiten ist es  
279 für Kommunen wichtig, die Wasserentnahmen gemeinwohlorientiert steuern zu  
280 können. Wir sichern sie mit dem neuen niedersächsischen Wassergesetz rechtlich  
281 ab, wenn sie entsprechende Allgemeinverfügungen erlassen.

282

283 Wasserpolitik ist Zukunftspolitik

284

285 Für uns GRÜNE ist Wasserpolitik Kern einer enkeltaugliche Wasserpolitik. Dafür  
286 braucht es politischen Willen auf allen Ebenen, gesellschaftliche Unterstützung  
287 und klare Prioritäten, die Gemeinwohl, Ökosystemschutz und Klimaanpassung über  
288 kurzfristige Einzelinteressen stellen. Die Wasserpolitik des Bundes ist  
289 inkonsequent, lange nicht zureichend und traut sich nicht, Klarheit zu schaffen.  
290 Mit Zögern und Zaudern werden wir aber nicht dafür sorgen, dass dieses riesige  
291 Generationenthema endlich gut angegangen wird. Es braucht darum endlich  
292 gesetzliche Leitplanken, eine verlässliche Finanzierung und klare Prioritäten.

293

294 Umso mehr zeigt sich in Niedersachsen, dass Grün den Unterschied macht. Wir  
295 wollen Niedersachsen zum Vorreiterland für eine nachhaltige, demokratisch  
296 legitimierte und zukunftsfähige Wasserpolitik machen. Für uns ist klar, dass wir  
297 das nur zusammen schaffen: Mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft,

298 Landwirtschaft, Kommunen und allen, die Wasser als Lebensgrundlage erhalten  
299 wollen.